

rundbrief

Schwerpunkt
Fortschrittliche Energiepolitik setzt sich durch.

Stadt Luzern
Auf zu den Wahlen!

Editorial

Für den Green New Deal

Das eidgenössische Parlament hat Mitte Dezember beschlossen, den Globalkredit für Anschubfinanzierungen, speziell für energetische Gebäudesanierungen in den Kantonen, auf 100 Mio. Franken zu erhöhen. Damit im Kanton Luzern dieses Geld abgeholt werden kann, beschloss der Kantonsrat in der März-Session eine Erhöhung des kantonalen Kredits auf 5 Mio. Franken. Mit diesem Geld sollen die erneuerbaren Energien sowie die sparsame und rationelle Energienutzung gefördert werden.

Der Beschluss des Kantonsrats ist ein wichtiger Schritt, aber er reicht noch nicht. Denn: Der Rechnungsabschluss 2008 des Kantons bricht den Rekord vom letzten Jahr. Wir Grünen fordern, dass nun zusätzlich in zukunftsweisende Projekte investiert wird. Angesagt ist ein Green New Deal, der den ökologischen Umbau der Wirtschaft anstösst. Solche Massnahmen schaffen auch zukunftssichere Arbeitsplätze.

Zeichen setzen

Unter anderem soll der Gewinn für Energieprojekte (50 Mio. von total 193 Mio. Franken) aufgewendet

werden. Der Kanton hat im Energiekonzept und im Energiegesetz vier Schwerpunkte definiert. Er will die energetische Verbesserung der Gebäude vorantreiben, die Nutzung von Holzenergie zur Wärme- und Stromerzeugung stärken, Biogasanlagen zur Wärme-, Strom- und Gaserzeugung fördern und mehr in die Kommunikation, Beratung, Aus- und Weiterbildung sowie den Vollzug investieren.

Konkret bedeutet das Investitionen beispielsweise in die solare Warmwasseraufbereitung auf öffentlichen Gebäuden und in die energetische Sanierung der Industrie. Nur so kann die im Gesetz verankerte Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch auf dem Kantonsgebiet bis zum Jahr 2030 erreicht werden (vgl. unsere Initiative von 2005). Mit der Verwendung des Gewinnes für Energieprojekte könnte und müsste der Kanton ein zusätzliches Zeichen setzen.



*Monique Frey
Co-Präsidentin und Kantonsrätin
Grüne Luzern*



200 Mio. Franken aus dem Ertrag der CO₂-Abgabe

Gebäudesanierungen jetzt!

Endlich geht es vorwärts mit energetischen Gebäudesanierungen! Im Dezember beschloss die Bundesversammlung mit dem Budget, dass per 2009 neu 100 Mio. Franken für die energetische Gebäudesanierung bereitgestellt werden. Mit der Revision des CO₂-Gesetzes wird dieser Betrag nun verdoppelt, und zwar ab 2010, wenn alles normal verläuft.

Der Gebäudesektor bietet ein enormes Potenzial zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Reduktion des CO₂-Ausstosses. Rund die Hälfte der gesamten Energie wird hier verbraucht. Fast sechzig Prozent aller Gebäude sind älter als 20 Jahre und ebenso lange nicht saniert. Handlungsbedarf ist also ausgewiesen.

Trotzdem war die Unsicherheit im Vorfeld der Frühjahrssession gross, als es um die Revision des CO₂-Gesetzes ging. Hundertprozentige Anwesenheit der Grünen bei der Abstimmung war verlangt. Denn beim Start zum Gesetzesprojekt hatten wenige Stimmen Unterschied den Ausschlag gegeben. Schliesslich fiel der Entscheid klar: Im Verhältnis 2:1 beschloss der Nationalrat, das CO₂-Gesetz zu ändern. Gleichentags votierte auch der Ständerat

klar dafür. Ab 2010 werden 200 Mio. Franken aus einer teilweisen Zweckbindung der CO₂-Abgabe für energetische Gebäudesanierungen reserviert.

Grüne in der Zwickmühle

Für die Grünen war der Entscheid nicht einfach. Der Einsatz für eine forcierte Erneuerung der Gebäudesubstanz war und ist unbestritten. Die Knacknuss war die Finanzierung. Abgaben werden definitionsgemäss zurückerstattet, beispielsweise die CO₂-Abgabe via Krankenkassenprämien. Mit der Zweckbindung wird die Abgabe aber zur Steuer. Eine Tod- oder eine lässliche Sünde?

Ich fällte meinen Entscheid letzten Sommer, als ich der parlamentarischen Aktion «Energetische Gebäudesanierung – jetzt» beitrug. Dort sind aus jeder Fraktion je ein National- und Ständerat, und die teilweise Zweckbindung der CO₂-Abgabe ist ein Programmpunkt. In mehreren Runden gelang es, die Fraktion der Grünen zu überzeugen: Absehbar lassen sich die nötigen finanziellen Mittel nicht aus allgemeinen Bundesmitteln, sondern nur über diese Teilzweckbindung sichern. Der neue Erlass sichert die finanziellen Grundlagen in den nächsten zehn Jahren.

Kantone beteiligen

Eine zweite Knacknuss bildete die Frage, ob und wie sehr sich die Kantone an der Finanzierung beteiligen müssen. Eine generelle «Aufdoppelung» um 50 Prozent würde manche Kantone zu Umlagerungen aus bestehenden Töpfen verleiten, wurde befürchtet. Nun wird im Gesetz auf eine konkrete Quote verzichtet. Der Bund übernimmt jedoch die Koordination, damit nicht 26 verschiedene Lösungen resultieren.

Für einen Anfang ist nun gesorgt. Die aktuelle Wirtschaftskrise verbesserte seine Chancen. Per 2009 erhält der Kanton Luzern gestützt auf den Budgetbeschluss 5 Mio. Franken für energetische Gebäudesanierungen, ab 2010 sind es 10 Mio. Franken. Einen zusätzlichen Teil steuert der Kanton bei (vgl. Editorial). Wir Grünen gehen davon aus, dass die Beträge später erhöht werden (müssen). Die Klimaerwärmung wird der Gesellschaft keine andere Wahl lassen.



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Luzern

Die Renggli AG Sursee gehört zu den Pionieren des Minergie-Baustandards.



Kantonales Förderprogramm Energie

Doppelte Fördersätze?

Der Kantonsrat hat es kürzlich beschlossen: Im Jahr 2009 fördert der Kanton Luzern Gebäudeerneuerungen und Solaranlagen für Warmwasser auf bestehenden Gebäuden mit attraktiven, stark erhöhten Beiträgen. Die Aktion dauert bis Ende 2009, wobei das Datum der Gesuchseingabe entscheidend ist. Schnelles Handeln wird belohnt, denn es geht dem Kanton auch um die Stützung der Konjunktur.

Das Förderprogramm Energie richtet sich an Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer im Kanton Luzern, die beabsichtigen, ihr Haus umfassend zu erneuern. Auch wer daran denkt, eine Solaranlage zur Erzeugung von Warmwasser einzubauen, profitiert. Für das Jahr 2009 sind die Fördersätze stark erhöht worden.

Jetzt doppelt sparen!

Für Gebäudeerneuerungen beträgt der Fördersatz neu 80 Franken pro m² Energiebezugsfläche (EBF),

Eisblockwette in der Stadt Luzern

Neben dem Kantonalbank-Hauptgebäude in Luzern wird am 29. April 2009 ein optimal wärmegeprägtes Minergie-Passivhaus aufgestellt. Darin befindet sich ein Eisblock von einem Kubikmeter Grösse.

Die Wettfrage an die Bürgerinnen und Bürger lautet: Wie viel Eis bleibt nach einem Monat übrig? Oder anders gefragt: Was bringt Minergie, wenn für einmal die Wärme draussen bleibt und die Kälte im Raum zusammengehalten wird? Das wird sich am 29. Mai zeigen, wenn feststeht, wie viel vom Eisblock am Ende des Monats noch übrig ist.

Eröffnungsanlass «Tage der Sonne»

Überall in der Schweiz finden im Mai Anlässe mit Wissenswertem zu Solarwärme, Solarstrom, solarem Bauen und weiteren erneuerbaren Energien statt.

Die kantonale Dienststelle Umwelt und Energie lädt herzlich zum Eröffnungsanlass der diesjährigen «Tage der Sonne» ein: am Freitag, 15. Mai 2009, ab 16 Uhr in der Luzerner Altstadt. An diesem Nachmittag werden rund 660 Schüler/innen und Lehrer/innen von der Kanti Reussbühl bis in die Luzerner Altstadt marschieren – mit Botschaften zu den Themen Klima und Sonnenenergie. Im Rahmen der Veranstaltung zeigen wir zudem in einem eigens aufgebauten Solarkino einen Film und feiern die Halbzeit der Eisblockwette.

mit einem Maximalbeitrag pro Objekt von 100 000 Franken. Bei Erreichen des Minergie- oder Minergie-P-Standards wird ein Zusatzbonus gewährt.

Bisher förderte der Kanton nur die Sanierung von privaten Wohnbauten. Neu sind alle (dauernd beheizten) Gebäude im Kanton Luzern förderberechtigt, also auch Gewerbegebäude, Dienstleistungsbauten und Gemeindebauten. Es werden nur Gebäude mit Baujahr 1990 oder älter unterstützt.

Für den Bau von Solaranlagen zur Warmwassererzeugung werden ein Grund- und ein Flächenbeitrag ausgerichtet. Bei einer durchschnittlichen Anlage kann die Förderung 30 bis 40% der Investitionskosten ausmachen! Voraussetzung für den Bezug eines Förderbeitrags ist, dass die Baueingabe für das Gebäude vor dem 31. Dezember 2009 erfolgt ist und dass für die Erstellung des Fördergesuchs ein berechtigter Installateur oder die Energieberatung Luzern beigezogen wird. Die Liste der berechtigten Installateure finden Sie unter www.energie.lu.ch.



*Rudolf Baumann-Hauser
Fachleiter Energie
Umwelt und Energie Kanton Luzern*

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70



Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Autofrei, kinder- und familienfreundlich, für Ferien, Feste und Klein-Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebismalm.ch
E-Mail: oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch

Städtische Energiepolitik

Erhält Luzern 2010 Gold?

Im Februar dieses Jahres haben die LuzernerInnen den Gegenvorschlag der Stadt zur SP-Energieinitiative «Für eine aktive Energiepolitik der Stadt Luzern» angenommen. Die Stadt wird somit den Energiefonds in den Jahren 2010 bis 2014 mit je 1,5 Mio Franken öffnen. Ist dies ein Bekenntnis zu einer wirklich aktiven Energiepolitik?

Der städtische Energiefonds hat grundsätzlich eine erfolgreiche Geschichte hinter sich. Besonders mit dem Programm «Jetzt Wohnbauten erneuern» konnten bedeutende Verbesserungen erzielt werden. Mit diesem Programm sind aber vor allem HauseigentümerInnen unterstützt worden. Es ist nun wichtig, dass die ganze Bevölkerung durch konkrete Anreize motiviert wird, Energie zu sparen. Dies beispielsweise in der Form von umweltschonenden Mobilitätsformen oder von energieeffizienten Geräten.

In diesem Zusammenhang ist vor allem eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Die Bevölkerung hört viel von energieeffizienten Geräten, es werden aber immer noch wenige gekauft. Das Stand-by-Problem ist immer noch in grossem Masse verbreitet, und Wohnungen sind oft zu stark geheizt. Das sind alles Beispiele, wo mit einfachen Verhaltensänderungen viel Energie gespart werden kann, ohne dass man sich dabei einschränken muss. Gerade auf der kommunalen Ebene kann hier viel erreicht werden.

Städtische Gebäude

Beim Reaudit für das Label «Energistadt» im Jahr 2006 hat sich gezeigt, dass die Stadt Luzern insbe-

sondere im Bereich der stadt eigenen Gebäude und Anlagen energietechnisch einen grossen Handlungsbedarf hat. Mit der «Vorfinanzierung Energiesparmassnahmen stadteigene Liegenschaften», die im letzten Jahr mit 2 Mio. Franken einmalig geäuftet wurde, will der Stadtrat hier die Energieeffizienz verbessern. Dies als eine Massnahme, um beim nächsten Reaudit 2010 das Goldlabel zu erreichen.

Energie- und Klimastrategie der Stadt Luzern

Voraussichtlich nächstes Jahr will der Stadtrat einen Planungsbericht «Energie- und Klimastrategie» für die fusionierte Stadtgemeinde vorlegen. Die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft dient dabei als Leitlinie. Mit einem Aktionsplan will der Stadtrat die Zielsetzungen und Massnahmen bis 2020 periodisch konkretisieren und überprüfen.

Auf den Inhalt des Planungsberichts können wir gespannt sein. Immerhin hat sich die Stadt zum Ziel gesetzt, bis im Jahr 2030 ihre CO₂-Emissionen um 50% zu senken (bezogen auf das Jahr 1990). Der Verbrauch nicht erneuerbarer Energien macht zurzeit 85% des gesamten städtischen Energieverbrauchs aus – es gibt noch viel zu tun.



*Korintha Bärtsch
Grossstadträtin Junge Grüne
Luzern*

Mit Kultur durch die Krise

Werden Sie

Kulturministerin!

Suchen Sie eine neue Herausforderung?
Sind Sie kulturpolitisch interessiert und selbst kulturell tätig?

Dann kandidieren Sie ab 1. Mai 2009 auf
<http://www.kulturministerium.ch>

Nehmen Sie sich Zeit für Ihre Gesundheit

ZEN SHIATSU

unterstützt die aktive Gesundheitsförderung,
hilft Stress und Burn-out vorzubeugen,
eignet sich als Therapie
bei körperlichen und psychischen
Beschwerden



Brida Rüttimann
Praxis für Zen Shiatsu
Winkelriedstr. 30
6003 Luzern
Telefon 041 210 20 00
Kassenanerkant

Abstimmung vom 17. Mai 2009

Nein zum Biometriezwang

Erst 2003 und 2006 wurden neue Schweizer Pässe eingeführt, welche die höchsten Anforderungen erfüllen und sie zu einem der fälschungssicheren Dokumente weltweit machen. Nun wollen Bundesrat und Parlamentsmehrheit ab 1. März 2010 alle neuen Schweizer Pässe und in der Folge auch alle Identitätskarten mit biometrischen Daten versehen und diese auf einem RFID-Chip speichern.

Ausländische Behörden und sogar Privatunternehmen wie Transportunternehmen, Flughafenbetreiber und «andere geeignete Stellen» sollen Zugriff auf die Daten auf dem Chip erhalten. Was diese mit den abgefragten Informationen machen, kann niemand mehr kontrollieren. Informatikerinnen und Datenschützer schlagen Alarm.

Zudem sollen alle biometrischen Daten der BürgerInnen in einer zentralen Datenbank des Bundes gespeichert werden – dies wäre heute (mit Ausnahme von Frankreich) europaweit einmalig. Der Bundesrat begründet diesen neuen «Pass 2010» mit dem Schengen-Abkommen. Dort ist jedoch keine Rede davon, dass die Daten in einer zentralen Datenbank gespeichert werden müssen! Es ist dort auch keine Rede davon, dass biometrische Identitätskarten erstellt werden müssen.

Nur in ganz wenigen Ländern wird überhaupt eine zentrale Datenspeicherung in Erwägung gezogen (Portugal, Niederlande, Finnland und Grossbritannien). Deutschland und Österreich haben sich definitiv gegen eine zentrale Datenbank entschieden. Zudem kann in Deutschland jeder Bürger wählen, ob er eine Identitätskarte mit oder ohne biometrische Fingerabdrücke will. Die Schweizer BürgerInnen dagegen will man jetzt nebst bio-

metrischen Pässen auch zu Identitätskarten mit Fingerabdrücken, Fingerabdruckdatenbank und RFID-Chip zwingen.

Schengen-Abkommen nicht gefährdet

Das Schengen-Abkommen ist bei einem Nein zum Bundesbeschluss nicht gefährdet. Der Bundesbeschluss geht weit über die Forderungen von Schengen hinaus. Einige EU-Mitgliedstaaten wie Irland und Grossbritannien beteiligen sich auf eigenen Wunsch nicht an der EG-Verordnung über Pässe und Reisedokumente. Auch für die Schweiz als Nicht-EU-Land muss eine gleichartige Formulierung machbar sein.

Wenn die Stimmberechtigten die Vorlage ablehnen, muss der Bundesrat dem Parlament einfach einen neuen Bundesbeschluss vorlegen, der den Volkswillen besser berücksichtigt. Es kann jedenfalls keine Rede davon sein, dass bei einem Nein automatisch das ganze Schengen-Abkommen in Gefahr sei.

Ebenso wenig ist die Reisefreiheit bei einem Nein gefährdet. Nicht einmal die USA verlangen für die Einreise zwingend einen biometrischen Pass. Für Reisen in die USA ohne biometrischen Pass wird wie für viele andere Länder einfach ein Visum benötigt.

Der Vorstand der Grünen Luzern empfiehlt ein Nein zur Biometrie-Vorlage. Weitere Argumente finden Sie unter www.freiheitskampagne.ch.



Natalie Kamber
Sekretärin Grüne Luzern
Luzern

Übernahme der EG-Verordnung über biometrische Pässe und Reisedokumente

Parole: NEIN



BE | NETZ

Bau und Energie

Photovoltaik
Thermische Solaranlagen
Pelletsheizungen
Haustechnik

BE Netz AG
Bernstr. 57a
CH-6003 Luzern
www.benetz.ch
info@benetz.ch
Tel 041 410 40 70

Ja zur «Zukunft mit Komplementärmedizin»

Ein klares Bedürfnis

Am 17. Mai 2009 entscheiden wir über die Zukunft der Komplementärmedizin im Gesundheitswesen. Sagen wir Ja zu dieser Vorlage!

Der Verfassungsartikel ist notwendig, da Bund und Kantone bis heute der Komplementärmedizin politisch kaum Beachtung schenken und Entscheide gegen sie fällen. So hatte zum Beispiel Pascal Couchepin fünf Methoden (Anthroposophische Medizin, Homöopathie, Neuraltherapie, Pflanzenheilkunde und Traditionelle Chinesische Medizin TCM) der ärztlichen Komplementärmedizin aus der Grundversicherung ausgeschlossen, obwohl eine vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) durchgeführte Untersuchung zum Schluss kam, dass sie die definierten Vorgaben erfüllen.

National- und Ständerat haben erkannt, dass die Berücksichtigung der Komplementärmedizin ein Bedürfnis ist. Knapp 80% der Ratsmitglieder stimmten dem Gegenvorschlag «Zukunft mit Komplementärmedizin» zu und übernahmen damit die Kernforderungen der Initiative.

Kernforderungen

Die Initiative wurde zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen, so dass der Verfassungsartikel wie folgt lautet: «Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Berücksichtigung der Komplementärmedizin.» Die Kernforderungen umfassen fünf Punkte:

■ **Integrative Medizin fördern:** Schul- und Komplementärmedizin sollen zusammenarbeiten. Dies bringt für die PatientInnen die besten Behandlungserfolge.

■ **Ärztliche Komplementärmedizin in die Grundversicherung aufnehmen:** Anthroposophische Medizin, Homöopathie, Neuraltherapie, Pflanzenheilkunde und Traditionelle Chinesische Medizin (TCM) sollen definitiv in die Grundversicherung aufgenommen werden, falls sie von SchulmedizinerInnen mit FMH-anerkannten Zusatzausbildungen praktiziert werden.

■ **Nationale Diplome für nichtärztliche TherapeutInnen schaffen:** Mit einheitlichen, öffentlich anerkannten Diplomen kann eine hohe Behandlungsqualität und damit die Patientensicherheit gewährleistet werden. Die Kantone erteilen TherapeutInnen mit Diplom eine Praxisbewilligung. Die Abrechnung erfolgt weiterhin über die privaten Zusatzversicherungen.

■ **Heilmittelschatz bewahren:** Die Arzneimittelvielfalt muss erhalten bleiben, damit die PatientInnen weiterhin individuell behandelt werden können. Die Möglichkeiten der Selbstmedikation dürfen nicht eingeschränkt werden.



■ **Lehre und Forschung für Komplementärmedizin sicherstellen:** Jede Ärztin und jeder Arzt soll im Medizinstudium die Grundsätze von Heilmethoden kennenlernen, die von einer Mehrheit der Bevölkerung angewendet werden. Es sollen mehr Forschungsgelder für die Komplementärmedizin eingesetzt werden.

Bis zu 70% der Bevölkerung nutzen Alternativen zur Schulmedizin. Warum sich Bund und einige Kantone – wie z.B. Luzern – aus der Verantwortung stehlen und die Komplementärmedizin nicht berücksichtigen wollen, ist unverständlich. Geben wir ihnen mit einem Ja zum neuen Artikel den Auftrag dazu! Sichern wir die Existenz der Komplementärmedizin. Fordern wir zur Zusammenarbeit der Schul- mit der Komplementärmedizin auf. Tragen wir zur Qualitätssicherung bei. Garantieren wir weiterhin, dass die Komplementärmedizin allen zugänglich bleibt.

Weitere Informationen unter www.jzk.ch.



*Katharina Meile
Kantonsrätin Grüne
Luzern*

Verfassungsartikel
«Zukunft mit Komplementärmedizin»

Parole: JA

Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Nein zum Konkordatsbeitritt

Das Dekret über den Konkordatsbeitritt, über das wir am 17. Mai abstimmen, schaukelt vor, ein Mittel gegen Gewalt zu sein. Es verhindert jedoch keine Gewalt, sanktioniert in der Anwendung Unschuldige und liefert lediglich viel Juristenfutter.

Das vorliegende Konkordat sieht Massnahmen wie Rayonverbot, Meldeauflagen und Polizeigewahrsam für verdächtige Personen vor. Gemäss Konkordat muss kein gerichtlicher Beweis für ein gewalttätiges Verhalten mehr erbracht werden. Es genügt ein «Nachweis», der sogar von (durchaus auch privaten) Stadionbetreibern erbracht werden kann.

Als absolutes Novum muss Artikel 10 bezeichnet werden. Personenbezogene Daten sollen an unbeteiligte Privatpersonen weitergegeben werden können. Diese nicht verfassungskonformen Massnahmen sollen nun über ein Konkordat statt über eine ordentliche kantonale Gesetzgebung eingeführt werden. Dies ist aus demokratischen Gesichtspunkten abzulehnen. Konkordate entziehen den Parlamenten das Mitspracherecht. Wenn zudem ein Konkordat ausgearbeitet wird, das von allen Kantonen unterzeichnet werden sollte, ist es nicht nachvollziehbar, dass nicht eine gesamtschweizerische Lösung auf Bundesebene angestrebt wird.

Polizei gewinnt kein Vertrauen

«Die Politik hat der Polizei nichts zu sagen.» Dies sagte mir der ehemalige Polizeikommandant von Luzern am 1. Mai 2005 Unter der Egg, wobei ihm beim Diskutieren die Bratwurst auf den Boden fiel. Vier Stunden später kesselte er mit seinen Polizisten die DemoteilnehmerInnen ein und verhaftete Unbeteiligte. Sie wurden in die Zivilschutzanlage Sonnenberg gebracht. Ebenso wurden am 1. Dezember 2007 245 Verhaftete in den Sonnenberg gesteckt.

Im Antragsbericht zum Rückbau und zur Sanierung der Zivilschutzanlage Sonnenberg wurde die Gefängnisnutzung mit keinem Wort erwähnt. Dieses

Gefängnis wurde einfach am Parlament vorbeigeschmuggelt. Beim jetzigen Konkordat wird die gleiche Sicherheitsphilosophie praktiziert. Eine Gewaltentrennung wird abgelehnt; das Resultat ist Polizeiwilkkür.

Exemplarischer Fall Biel

Das Engagement der Fans gegen das Konkordat entstand aufgrund eines konkreten Erlebnisses. Am 12. April 2008 wurden 33 FCL-Fans grundlos von der Polizei getrieben, angehalten und mit Anzeigen eingedeckt. Der Fanbericht im Stelzbock Nr. 8 gibt die Chronologie folgendermassen wieder: Androhung Rayonverbot Kapo LU, Strafanzeige Stapo Biel, Verfügung Rayonverbot Kapo BE, Verfügung Rayonverbot Kapo LU, Stadionverbot FC Biel, Einstellung Strafverfahren Minderjährige, Versand Strafmandate Erwachsene, Einsprachen Erwachsene, Aufhebung Rayonverbot LU Minderjährige, Aufhebung Stadionverbot Minderjährige Biel, Aufhebung Rayonverbot BE Minderjährige.

Nach acht Monaten sind nun alle freigesprochen und alle Rayonverbote aufgehoben worden (nachzulesen in der Neuen LZ vom 17. 3. 2009). Die Stadtpolizei Biel war nicht in der Lage, ihre massiven Beschuldigungen zu belegen. Echte Gewalttäter sollen normal strafrechtlich verfolgt werden. Vorläufige und unüberprüfte Sanktionen sind untauglich, strafen viele Unschuldige und beschäftigen nur die JuristInnen.



Philipp Federer
Grossstadtrat Grüne
Luzern

Dekret über den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

Parole: NEIN

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Nein zur Initiative «Bussengelder für Steuerrabatt»

Finanzpolitisch eine Farce

Dem Staat finanzielle Mittel zu entziehen ist ein Steckenpferd der SVP. Da Steuersenkungen offenbar nicht ausreichen, sucht die Partei laufend nach weiteren Möglichkeiten, den Kanton Luzern finanziell auszuhöhlen. Mit der Initiative «Bussengelder für Steuerrabatt» führt sie diese Politik ad absurdum.

Die Initiative verlangt, dass alle Ordnungsbussen, welche die Polizei bei Verkehrsübertretungen erhebt, in einen Fonds fliessen. Am Ende des Jahres sollen die Gelder unter allen Steuerpflichtigen aufgeteilt werden und damit selbst an Gebüsste zurückfliessen. Pro Steuerzahler würde dies rund 40 Franken ausmachen. Hauptargument der Initianten ist die «Abzocker»-Unterstellung: Bussen würden nur erhoben, um die Staatskasse aufzufüllen, und hätten bei geringen Tempoüberschreitungen keinen Einfluss auf die Verkehrssicherheit.

Mehr Sicherheit dank Kontrollen

Letztes Jahr ist in der Schweiz die Zahl der Verkehrstoten auf ein Rekordtief gesunken, u. a. dank mehr Geschwindigkeitskontrollen der Polizei und mittels gut sichtbarer Radaranlagen. Verkehrskontrollen und Ordnungsbussen kommen also bereits jetzt der gesamten Bevölkerung zugute. Dank den Kontrollen erhöht sich die Verkehrssicherheit für alle, und mit den Einnahmen aus den Bussen wird gleichzeitig ein Teil der Kosten gedeckt, welche die

Verkehrspolizei hat. Die geforderte Umverteilung der Bussengelder ist völlig unnötig, bringt zudem einen Mehraufwand in der Verwaltung mit sich und degradiert Verstösse gegen Verkehrsregeln zum Kavaliersdelikt. Es gibt eine einfache Lösung, sich keine Busse einzufangen: korrekt fahren und sich an das vorgeschriebene Tempo halten. Aber diese Lösung ziehen die Initianten nicht einmal in Erwägung ...

Die Initiative «Bussengelder für Steuerrabatt» ist verkehrspolitisch eine Mogelpackung und finanzpolitisch eine Farce. Im Kantonsrat wurde sie mit 86 zu 18 Stimmen deutlich abgelehnt. Auch an der Urne verdient sie nichts anderes als eine deutliche Abfuhr.



Alain Greter
Kantonsrat Grüne
Luzern

Gesetzesinitiative
«Bussengelder für Steuerrabatt!»

Parole: NEIN

archinatura
Büro für Architektur + Baubiologie

Überzeugende Architektur im Einklang mit der Natur

Naturnahe Neu- und Umbauten aller Art	Geniale Holz- und Lehmbauten
Low-Tech-Bauten	Umfassende Bauplanung und Bauleitung
Orientierung an der Sonnenlaufbahn	Berücksichtigung der Mondphasen
Solare Warmwasseraufbereitung	Konstruktive Solarenergienutzung
Wintergärten mit Solarenergienutzung	Regenwassernutzungsanlage
Grundofen mit Hypokaustenzwischenwänden	Atmungsaktive Baukonstruktion
Natürliche Baumaterialien	Innenausbau mit Holz und Lehm
Bauteilwiederverwendung	Naturfarben, Kalk- und Lehmputze
Dachbegrünung und Naturgärten	Harmonie in Form und Farbe
Äusserst behagliches Wohnklima	Offenes, traumhaftes Raumkonzept
Sparsamer Betrieb und Unterhalt	Minimaler Einsatz grauer Energie
Ungewöhnliche, innovative Ideen	Überzeugende Lösungen

Sie haben Fragen zu Ihren Neu- oder Umbauprojekten? Wir beraten Sie gerne!

Paul Nijman Dipl. Architekt + Baubiologe SIB 6207 Nottwil
041 937 19 18 info@archinatura.ch www.archinatura.ch

G

PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN

LUZERNERSTRASSE 33C
6010 KRIENS
TELEFON 079 650 79 42
WWW.PATRICKSTEINER.CH

Referendum gegen die Steuergesetzrevision

Koste es, was es wolle?

Die im März vom Kantonsrat beschlossene Steuergesetzrevision 2011 entzieht der öffentlichen Hand im Kanton Luzern 133 Millionen Franken pro Jahr. Hinzu kommen Einnahmehausfälle und soziale Folgekosten aus der Wirtschaftskrise. Beste Voraussetzungen also, um Schiffbruch zu erleiden. Der Finanzdirektor meint: «Wir sind auf Kurs!»

Die Steuergesetzrevision 2011 umfasst ein ganzes Massnahmenpaket. Zum einen beinhaltet es Anpassungen an das Bundesrecht. Da bleiben die Steuerausfälle bescheiden bis vernachlässigbar klein. Bei den kantonalen Massnahmen hingegen wird geklotzt. Zu massiven Ausfällen führen die beiden Tarifkorrekturen bei der Gewinnsteuer und bei hohen Einkommen wie auch der generelle Kinderbetreuungsabzug. Wir befürworten nur eine Massnahme, nämlich den Ausgleich der kalten Progression.

Schon jetzt tiefe Besteuerung

Die beiden Tarifkorrekturen sind unnötig, weil die Steuerbelastung im Kanton Luzern sowohl bei den Unternehmen als auch bei hohen Einkommen be-

reits tief ist. Die Gewinnsteuer für Unternehmen würde von heute 4 Prozent innerhalb von vier Jahren auf 1,5 Prozent sinken. Nächstes Jahr geht sie nämlich aufgrund der Revision 2008 bereits um einen Viertel zurück. Das reicht der bürgerlichen Mehrheit nicht. Sie will den Kanton Luzern in Sachen Gewinnsteuer zur Nummer eins der Schweiz machen – koste es, was es wolle.

Bei den Einkommen werden insbesondere die hohen und höchsten Einkommen entlastet. So werden beispielsweise die zwei obersten Tarifstufen eliminiert. Die Korrekturen bei den Einkommen werden so vollzogen, dass eine spätere Einführung einer Flat Rate Tax, eines einheitlichen Steuertarifs, nicht verunmöglicht wird. Die nächste Steuerensenkungsrunde wurde also bereits mitgedacht. Die Entlastungen bei den tieferen Einkommen sind ausschliesslich auf den Ausgleich der kalten Progression zurückzuführen.

Rechtsungleichheit bei Kinderbetreuungsabzug

Neu wird ein genereller Kinderbetreuungsabzug von 2000 Franken eingeführt. Daraus ergibt sich eine steuerliche Begünstigung für Eigenbetreuung



und damit eine Rechtsungleichheit. Der Fremdbetreuungsabzug wird faktisch um 2000 Franken gekürzt.

Um die Ausfälle auffangen zu können, werden sich viele Gemeinden massiv verschulden, die Leistungen kürzen oder die Steuern erhöhen müssen. Bereits jetzt gelangen Gemeinden mit Forderungen an den Kanton. Der Finanzhaushalt der Stadt Luzern wird deutlich und tiefgreifend geschwächt. Entsprechend fordert auch der Stadtrat flankierende Massnahmen.

Gründe für das Referendum

Die SP hat sehr früh angekündigt, das Referendum gegen die Steuergesetzrevision 2011 zu ergreifen. Wir Grünen haben uns an der Mitgliederversammlung vom 10. März 2009 dazu entschieden, aus folgenden Gründen: Da sowohl Aufgaben- als auch Ausgabenseite ausgeblendet werden, fehlt die Gesamtsicht. Weil Mittel für Investitionen in die nachhaltige Entwicklung des Kantons wegbleiben, zeugen Steuersenkungen von passivem Verhalten. Die Halbierung der Gewinnsteuer setzt auf Kompensationen, die bloss hypothetischen Charakter haben. Zudem heizt die Revision den Steuerwettbewerb weiter an. Die grosszügigen Steuerergessecke schliesslich gehen an jene, die es nicht nötig haben. Jeder Grund für sich allein spricht bereits für das Referendum.

Seit Mitte März läuft die Referendumsfrist. Innerhalb von 60 Tagen, also bis Mitte Mai, braucht es 3000 Unterschriften. Wir danken herzlich für die Unterstützung!



*Alain Greter
Kantonsrat Grüne
Luzern*



Initiative für das Ausländerstimmrecht

Endspurt für mehr Demokratie

Noch bis im Juni läuft die Sammelfrist für die kantonale Volksinitiative «Mit(be)stimmen!» zur Ermöglichung des Ausländerstimmrechts auf kommunaler Ebene. Mehr als die Hälfte der benötigten 5000 Unterschriften ist beisammen, nun geht es ab in den Endspurt – mit hoffentlich möglichst breiter Beteiligung!

Die Initiative bringt mehr Demokratie. Denn über 15% aller LuzernerInnen sind von jeglicher politischer Mitsprache ausgeschlossen, nur weil sie keinen Schweizer Pass haben. Es ist ein urliberales Anliegen: Wer Steuern zahlt, soll auch ein Mitspracherecht erhalten und darüber mitbestimmen, was mit den Steuern geschieht.

In vielen Kantonen können MigrantInnen in Gemeindeangelegenheiten mitbestimmen. Wieso soll im Kanton Luzern nicht möglich sein, was in anderen (ländlichen) Kantonen wie Freiburg, Graubünden oder Appenzell Ausserrhoden mittlerweile unbestritten ist? Sogar die Kirchgemeinden haben 1993 das Ausländerstimmrecht eingeführt. Die katholische Kirche ist diesbezüglich einmal fortschrittlicher als der Kanton Luzern.

Erleichterte Integration

Auch die erleichterte Integration spricht für die Initiative. Wer in Schulfragen, in der Quartierpolitik oder beim Bau von Dorfstrassen mitreden darf, identifiziert sich stärker mit der Wohngemeinde und integriert sich besser. Wer eine Niederlassungsbewilligung hat, bleibt längere Zeit hier in der Schweiz und darf nicht länger von den demokratischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden. Wagen wir mehr Demokratie und sammeln wir gemeinsam die noch fehlenden Unterschriften!

Mehr Informationen

www.ausländerstimmrecht-lu.ch



Marcel Budmiger
Second@as Plus
Luzern

.....

Kantonale Verfassungsinitiative für das Ausländerstimmrecht

Mit(be)stimmen!



Die unterzeichnenden, im Kanton Luzern stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger stellen, gestützt auf § 20 der Verfassung des Kantons Luzern, folgendes Initiativbegehren in der Form der allgemeinen Anregung.
Die Verfassung des Kantons Luzern soll wie folgt ergänzt werden: **Die Gemeinden können den niederlassungsberechtigten Ausländerinnen und Ausländern das Stimmrecht gewähren.**

Veröffentlicht im Luzerner Kantonsblatt am 21. Juni 2008

Der vorliegende Unterschriftenbogen darf nur Unterschriften von stimmberechtigten BürgerInnen des Kantons Luzern enthalten, die in der gleichen Gemeinde stimmberechtigt sind. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren fälscht (Art. 282 des Strafgesetzbuches) oder wer bei der Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt (Art. 281 des Strafgesetzbuches), macht sich strafbar.

Politische Gemeinde					
Nr.	Name und Vorname <small>(handschriftlich und möglichst in Blockschrift)</small>	Genaueres Geburtsdatum <small>(Tag/Monat/Jahr)</small>	Wohnadresse <small>(Strasse und Hausnummer)</small>	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle <small>(leer lassen)</small>
1					
2					
3					

Diese Unterschriftenliste enthält (in Worten:) gültige Unterschriften von Stimmberechtigten der angegebenen Gemeinde.

Ort: _____

Datum: _____

Amtsstempel

Der/die Stimmregisterführer/in
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Personen, ist berechtigt, die Initiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: Fanaj Yfete, Birkenstrasse 11, 6003 Luzern; Sahin Gürçan, Studhaldenstrasse 23, 6005 Luzern; Suntharalingam Lathan, Maihofstrasse 58, 6006 Luzern; Budmiger Marcel, Luzern; Canliöz Sibel, Adligenswil; Celik Ali, Grüne, Luzern; Dissler Sebastian, Juso Amt Willisau, Wolhusen; Mumenthaler Luzia, Reussbühl; Ordu Tarik, Luzern; Smajli Valentina, Luzern; Vazquez Manuel, Luzern; Vairamuthu Sujitha, Luzern; Widmer Hans, Nationalrat SP, Luzern

Ablauf der Sammelfrist: 20. Juni 2009
Diese Liste ist teilweise oder vollständig ausgefüllt sofort, spätestens aber bis am 30. April 2009 einzusenden an:
Second@as Plus Luzern, Theaterstrasse 7, 6003 Luzern

www.ausländerstimmrecht-lu.ch PC 60-35648-8



Kantonale Volksinitiative

Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Die schweizerische Verfassung verlangt, dass Bürgerinnen und Bürger nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländerinnen und Ausländern steht im Widerspruch zu dieser Bestimmung und verletzt daher die Rechtsgleichheit. Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre!

Die Folgen einer Abschaffung der Pauschalbesteuerung sind gut zu verkraften:

■ Die Erträge aus den Pauschalsteuern machen weniger als 1% des gesamten Steuerertrags aus. «Würden diese Personen wegziehen, könnte der Staatshaushalt das verschmerzen», sagte der kantonale Finanzdirektor Marcel Schwerzmann in der Neuen Luzerner Zeitung (NLZ) am 10. 2. 2009.

■ Unsere Region hat viele andere Vorteile als die Pauschalbesteuerung. So René Boog, Einschätzungsexperte der kantonalen Dienststelle Steuern: «Für viele sind die Steuern ein wichtiges Kriterium für den Zuzug, aber nicht das einzige. Ihnen gefällt es einfach in unserer Region.» (NLZ, 11. 2. 2009)

■ Falls ein bis zwei Millionäre dennoch den Kanton Luzern verlassen sollten, dann wiegen die Einnahmen der Verbleibenden den wegfallenden Betrag um ein Vielfaches auf. Dazu kommt die neu gewonnene Gerechtigkeit hinsichtlich Steuerbemessung.

Seit den 1990er Jahren hat die Zahl der pauschalbesteuerten ausländischen Personen im Kanton Luzern und in der Schweiz rasant zugenommen (genaue Zahlen siehe unter www.gruene-luzern.ch). Dies zeigt, dass Reiche die Vorteile der Pauschalbesteuerung zu nutzen wissen und damit die Steuersolidarität in ihrem Heimatland verweigern. Mit der Abschaffung der Pauschalsteuer trägt der Kanton Luzern zu einem neuen positiven Image der Schweiz bei.

Helfen Sie mit und unterschreiben auch Sie!

Wir danken Ihnen auch für Ihre Spende auf PC 60-16103-5.

Gedruckte Unterschriftenbögen können Sie bei unserem Sekretariat bestellen: Tel. 041 360 79 66, lu@gruene.ch. Unterschriftenbögen können auch unter www.gruene-luzern.ch heruntergeladen werden.

Kantonale Volksinitiative:

Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre! Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Gestützt auf § 21 der Verfassung des Kantons Luzern stellen die unterzeichnenden Stimmberechtigten folgendes Begehren in Form des Entwurfs:

§ 21 Absatz 2 des kantonalen Steuergesetzes vom 22. November 1999 wird gestrichen.

Veröffentlicht im Luzerner Kantonsblatt vom 4. April 2009.

Initiativkomitee: Monique Frey, Unter-Grundhof 12, 6032 Emmen; Katharina Hubacher, Wesemlinring 12, 6006 Luzern; Heidi Rebsamen, Zähringerstr. 3, 6003 Luzern; Ali R. Celik, Luzern; Alain Greter, Luzern; Andreas Hofer, Sursee; Louis Scheibert, Luzern; Eva Zihlmann, Horw.

Die unterzeichnenden Stimmberechtigten ermächtigen das Initiativkomitee, diese Initiative mit Mehrheitsbeschluss zurückzuziehen.

Postleitzahl und Gemeinde:

Name	Wohnadresse	Geburtsdatum	Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)

Diese Unterschriftenliste enthält _____ (in Worten: _____)

gültige Unterschriften von Stimmberechtigten der Gemeinde _____

Ort: _____, den _____ Der/Die Stimmregisterführer/in _____



- Auf diesem Bogen können nur Stimmberechtigte der gleichen Gemeinde unterzeichnen.
- Stimmberechtigte haben dieses Begehren handschriftlich zu unterzeichnen.
- Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren fälscht (Art. 262 des Strafgesetzbuches) oder wer bei der Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt (Art. 261 des Strafgesetzbuches), macht sich strafbar.

Ablauf der Sammelfrist: 3. April 2010

Bitte so schnell wie möglich, auch teilweise ausgefüllt, zurücksenden an:
Grüne Kanton Luzern, Postfach 4035, 6000 Luzern 4 (Spendenkonto: PC 60-16103-5).

Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre!

Die schweizerische Verfassung verlangt, dass Bürgerinnen und Bürger nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländerinnen und Ausländern steht im Widerspruch zu dieser Bestimmung und verletzt daher die Rechtsgleichheit.

Die Folgen einer Abschaffung der Pauschalbesteuerung sind gut zu verkraften:

- Die Erträge aus den Pauschalsteuern machen weniger als 1% des gesamten Steuerertrags aus. «Würden diese Personen wegziehen, könnte der Staatshaushalt das verschmerzen», sagte der kantonale Finanzdirektor Marcel Schwerzmann am 10. Februar 2009 in der Neuen Luzerner Zeitung (NLZ).
- Unsere Region hat viele andere Vorteile als die Pauschalbesteuerung. So René Boog, Einschätzungsexperte der kantonalen Dienststelle Steuern: «Für viele sind die Steuern ein wichtiges Kriterium für den Zuzug, aber nicht das Einzige. Ihnen gefällt es einfach in unserer Region.» (NLZ, 11. Februar 2009)
- Falls ein bis zwei Millionäre dennoch den Kanton Luzern verlassen sollten, dann wiegen die Einnahmen der Verbleibenden den wegfallenden Betrag um ein Vielfaches auf. Dazu kommt die neu gewonnene Gerechtigkeit hinsichtlich Steuerbemessung.

Seit den 1990er Jahren hat die Zahl der pauschalbesteuerten ausländischen Personen im Kanton Luzern und in der ganzen Schweiz rasant zugenommen (genaue Zahlen siehe www.gruene-luzern.ch). Dies zeigt, dass Reiche die Vorteile der Pauschalbesteuerung zu nutzen wissen und damit die Steuersolidarität in ihrem Heimatland verweigern. Mit der Abschaffung der Pauschalsteuer trägt der Kanton Luzern zu einem neuen positiven Image der Schweiz bei.

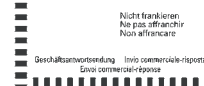
Helfen Sie mit und unterschreiben auch Sie!

Bitte falten (nicht abtrennen!)

Bitte falten (nicht abtrennen!)

Bitte falten (nicht abtrennen!)

Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre!



Unterschreiben Sie die Initiative und werfen Sie die Karte gefaltet in den nächsten Briefkasten. Wir danken Ihnen auch für Ihre Spende auf PC 60-16103-5.

Weitere Unterschriftenbögen können unter www.gruene-luzern.ch heruntergeladen werden. Gedruckte Unterschriftenbögen können Sie bei unserem Sekretariat bestellen (Tel. 041 360 79 66, lu@gruene.ch).

Grüne Luzern
Postfach 31
6000 Luzern 4



1. MAI 2009 – RICHTUNGSWECHSEL JETZT!

Weltweite Wirtschaftskrise, Milliardenhilfe für die UBS, das Theater um das Bankgeheimnis – die neoliberale Politik ist am Ende. Nach jahrelangen Privatisierungen, Sozialabbau und ruinösem Steuerwettbewerb ist es nun Zeit für einen Richtungswechsel. Wir fordern ein Umdenken in der Wirtschaft, bei den Banken und in der Politik. Nie waren die Voraussetzungen für einen Systemwechsel besser als heute. Die Krise der Banker und Manager ist unsere Chance! Verlangen wir jetzt:

- echte Mitsprache und Demokratie in der Wirtschaft!
- das Ende des ruinösen Steuerwettbewerbs, keine Geschenke für Reiche und Unternehmen
- Nachhaltigkeit und den ökologischen Umbau der Wirtschaft

Und vergessen wir nicht: Wer hat die Krise verursacht? Und wer badet sie nun aus? Banker und Spitzenspekulanten verlieren zwar ihre Reputation, die Lohnabhängigen aber ihre Jobs. Das darf nicht sein. Wir sagen klar Nein zur Krisenlösung auf dem Buckel der kleinen Leute! Nach den wirtschaftlich sehr guten Jahren sind die Mittel zur Bekämpfung der Krise da. Wir fordern:

- Eine Weiterbildungsoffensive statt Entlassungen
- Genügend Lehrstellen und Weiterbeschäftigung nach Lehrabschluss
- Eine Stärkung der Kaufkraft durch Realloohnerhöhungen, Lohngleichheit, mehr Familienzulagen und Prämienverbilligung
- Starke Sozialwerke und kein Abbau bei der Arbeitslosenversicherung
- Ein Konjunkturpaket, das diesen Namen auch verdient

1. MAI-FEIER AUF DEM KAPELPLATZ LUZERN

11.00 – 22.30 Uhr: Festzelt mit Essen und Trinken

14.00 – 22.00 Uhr: Diverse Konzerte auf der Bühne

16.30 Uhr Besammlung zum 1. Mai-Demonstrationszug:

Kapellplatz – Hauptpost – Jesuitenvorplatz – Weinmarkt – Kapellplatz

18.00 Uhr: Ansprache Corrado Pardini, Unia-Geschäftsleitung, Sektor Industrie

Ab 20.00 Uhr: Weiterfeiern mit Konzerten in der Jazzkantine

Das ganze Programm und mehr Informationen: www.lgb-luzern.ch

LUZERNER 1. MAI-KOMITEE

IHRE KRISE – UNSERE CHANCE

RICHTUNGSWECHSEL

JETZT!

■ Mai

Palaver vom 26. Januar 2009

Wie weiter nach der Verlobung?

«Luzern und Littau sind verlobt – wie geht es nach der Heirat weiter?» So lautete der Titel des Winter-Palavers. Ob es sich hier um eine Ehe ungleicher Partner handelt oder nicht, eines wurde an diesem Abend klar: Zusammenwachsen geschieht durch gemeinsame Arbeit und Zusammensein – zum Beispiel durch einen gemeinsamen Palaver-Abend!

Rund 25 Interessierte aus Luzern und Littau waren der Einladung zum Palaver in der Reussbühler Taberna Espanola gefolgt. Agatha Fausch und Harry van der Mejs hatten den Anlass engagiert vorbereitet. Eingeleitet wurde der Abend mit einem Aufstieg auf das Hochhaus, in dem die Taberna beheimatet ist. Der Blick auf die Reuss und die dicht bebaute Umgebung zeigten, dass die politische Fusion von Luzern und Littau etwas nachvollzieht, was in der Realität längst geschehen ist: Die Gemeindegrenze von Luzern und Littau existiert nur noch auf dem Papier, und Reussbühl liegt nahe an der neuen Stadtmitte.

Kann Littau mehr sein?

Roger Michelon, Raumplaner aus Littau, betonte in seinem Referat, dass die Raumplanung nur unterstützen kann, die Fusion aber in Kopf und Herz passiert. Ruedi Meier, Historiker und Luzerner Stadtrat, ergänzte, dass die gemeinsame Sicht durch Zusammenarbeit und gemeinsame Zuständigkeiten wächst. Die Frage der Moderatorin Gaby Müller, was passieren müsse, damit eine gute Ehe zustande komme, wurde von den Anwesenden engagiert und teilweise kontrovers diskutiert, insbesondere auch, ob es für Littau möglich werde,

mehr als Agglomeration von Luzern zu sein, mehr als ein No-Room auf dem Weg zum Hornbach!

Kein einheitliches Gebiet

Meine persönliche Erkenntnis dieses Abends war, dass Littau kein einheitliches Gebiet ist, auch nicht nur aus Littau-Dorf, Reussbühl und Littauerberg besteht, sondern aus mindestens zwölf Quartieren mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen, Geschichten und Bedürfnissen.

Ein Grund mehr, Quartierpolitik ernst zu nehmen und die Frage der unterschiedlichen Kulturen nicht auf Luzern und Littau zu reduzieren. Was braucht es, damit sich die Menschen vom Würzenbach, vom Fanghöfli, vom Geissenstein, vom Littauerberg, vom Babel-Quartier und vom Tschuoggis wohl fühlen? Diese Frage bedingt natürlich ein Interesse, die Quartiere kennen zu lernen. Die lieb gewonnene Gewohnheit, mit dem Velo in fünf Minuten von A nach B zu fahren, muss man dafür vielleicht aufgeben, viel mehr als 15 Minuten wird man aber wohl auch in Zukunft nicht brauchen.

Wenn Angebote für Bildung, Kultur und Sport nicht auf den alten Stadtkern fokussiert sind, sondern sich auf die neue Stadt verteilen, wird es gelingen, unseren Lebensraum auszuweiten – zum Vorteil aller Beteiligten!



Edith Lanfranconi-Laube
Grossstadträtin Grüne
Luzern

M V

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektromogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvl@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Auf zu den städtischen Wahlen

Grünwärts!

Am 14. Juni wählen die StimmbürgerInnen von Luzern und Littau ein neues Parlament und eine neue Stadtregierung. Am 1. April haben rund 60 Grüne jeglichen Alters im Spielleute-Pavillon ihre Kandidierenden nominiert.

Die Grünen stellen zurzeit 8 von 48 Grosstadträtinnen, dies seit 2000. Im Jahr 2004 konnten die Grünen ihre Sitzzahl bei leichtem Stimmenzuwachs halten; ein grüner Sitz ging damals an die Jungen Grünen. In diesem Jahr haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Sitzzahl zu halten. Dieses – auf den ersten Blick bescheidene – Wahlziel ist auf dem Hintergrund des Zusammenschlusses von Littau und Luzern zu sehen. In Littau sind die Grünen nämlich seit 9 Jahren nicht mehr im Einwohnerrat vertreten.



16 Frauen und 15 Männer kandidieren für die Grünen, davon 7 Bisherige. Aus Littau sind drei Kandidatinnen und ein Kandidat. Vorstand und Wahlgruppe haben eine vielfältige Liste zustande gebracht. Die Nominationsversammlung hat den Vorschlag des Vorstandes zur Listengestaltung gutgeheissen: Jene Personen, die in dieser Wahlperiode gewählt werden möchten, sind vorkumuliert, alle anderen sind einfach aufgeführt.

Auf der Liste der Jungen Grünen finden sich 10 KandidatInnen. Die Grünen sind Listenverbindungen mit den Jungen Grünen, der SP, den Secondas plus sowie den Jusos eingegangen. Zudem besteht eine Unterlistenverbindung mit den Jungen Grünen.

Tandem für den Stadtrat

Stadtrat Ruedi Meier wurde von der Versammlung einstimmig für eine dritte Amtsperiode nominiert. Fraktionschefin Christa Stocker würdigte seine politische Arbeit: Ruedi verfüge – nicht nur in sozialen Fragen – über eine ausserordentliche Sachkompetenz, zeige viel politisches und kommunikatives Gespür, sei offen und tolerant. Einen



inhaltlichen Schwerpunkt setzt Ruedi Meier aktuell in der Bekämpfung der kantonalen Steuergesetzrevision; das Referendum müsse und könne in der Stadt gewonnen werden. Politisch ist ihm die Bündnisfähigkeit der Grünen ins sozialbürgerliche Lager hinein wichtig.



Die Jungen Grünen stellen mit Steffi Wyss ebenfalls eine Stadtratskandidatin. Sie sieht in ihrer Kandidatur ein Zeichen dafür, dass auch Junge bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Zudem seien die Jungen und die Frauen im Stadtrat untervertreten.



Schliesslich beschloss die Nominationsversammlung, auf der Stadtratsliste der Grünen neben Steffi Wyss auch Ursula Stämmer und Urs W. Studer aufzuführen.

Diskussion um Stadtratsliste

Die Versammlung hat hart um die Unterstützung anderer Kandidaturen gerungen. Anlass zur Diskussion gaben vor allem Ursula Stämmer's Sicherheitspolitik und Amtsführung. Die Abstimmung ergab dennoch eine deutliche Unterstützung der offiziellen SP-Kandidatur. Den Ausschlag gaben wohl bündnispolitische Überlegungen.

Die Unterstützung Urs W. Studers war quasi unbestritten. Die Diskussion über die Unterstützung der Juso-Kandidatur drehte sich vor allem um den

politischen Stil. Mit 18 zu 14 Stimmen – bei vielen Enthaltungen – beschloss die Versammlung, David Roth nicht auf der grünen Stadtratsliste aufzuführen.

Sachpolitik, Kreativität und Stil

Die Nominationsversammlung zeigte einmal mehr, wie fundiert die Grünen politisieren. Dass sie auch kreativ sind, zeigte die Präsentation der Kandidierenden, ganz nach dem Wahlspruch: Die Kapitäne haben uns an den Rand des Abgrunds geführt – jetzt sind die Matrosen an der Reihe! Und schliesslich zeigte sich, dass die Grünen sachlich, offen und fair diskutieren können, ohne dabei Personen unter der Gürtellinie anzufahren.

Heraus zu den Wahlen!

Wir sind überzeugt, dass die beiden Listen und das grüne Stadtratstandem viele WählerInnen motivieren werden, am 14. Juni eine der grünen Listen einzulegen. Besonders wichtig ist uns der Sitz der Jungen Grünen. Ihre Liste zu wählen, schadet den Grünen nicht – im Gegenteil: Durch die Unterlistenverbindung werden die beiden Listen in der Endabrechnung quasi als eine Liste behandelt. Und zudem können auf der Liste der Jungen Grünen viele Kandidierende der Liste 1 panaschiert werden. Deshalb: Am 14. Juni 2009 geht's grünwärts!



*Hans-Peter Hug
Vorstand Grüne Stadt Luzern und Leiter
der Wahlgruppe
Luzern*



Ja zu einer starken Stadtregion

Mitdenken, mitreden, mitentscheiden

Das Projekt «starke Stadtregion Luzern» wurde von den sieben Gemeinden Kriens, Emmen, Ebikon, Horw, Adligenswil, Littau und Luzern ausgearbeitet. Ziel des Projektes ist es, die strukturelle Stärkung der Stadtregion Luzern in zwei Varianten zu prüfen: verstärkte Kooperation oder Fusion. Am 17. Mai stimmen die vier Gemeinden Kriens, Emmen, Ebikon und Horw über den Beitritt zum Projekt ab. Knapp zwei Wochen später wird zum selben Thema in Adligenswil an der Gemeindeversammlung entschieden; in Luzern und Littau entscheiden die Parlamente.

Wir Grünen anerkennen die Notwendigkeit und die Ziele einer starken Stadtregion. Deshalb sollen sich die Gemeinden aktiv an der Analyse zur Stärkung der Stadtregion beteiligen, um auch die demokratische Zusammenarbeit in der Agglomeration entscheidend voranzubringen.



Zu welchem Ergebnis dieser Prozess führen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen. Klar ist, dass die Stadt Luzern und die angrenzenden Gemeinden zu einer deutlich intensiveren Zusammenarbeit gezwungen sind. Verkehr, Raumplanung, Kultur oder Jugendarbeit und Sozialwesen sind nur einige Bereiche, in denen ein gemeindeübergreifendes Vorgehen nicht nur sinnvoll ist, sondern zunehmend unumgänglich wird. Die gelebten Realitäten stimmen nur noch teilweise mit den politischen Strukturen überein, was zu Ineffizienz führen oder

gar bessere, ökologischere und sozialere Lösungen verhindern kann.

Demokratische Mitsprache wie?

Die bisherige Diskussion hat gezeigt, dass insbesondere die Frage der demokratischen Mitsprache für viele Grüne ganz entscheidend ist. Will man eine verstärkte Zusammenarbeit, muss die eingeschränkte lokale Mitbestimmung durch eine regionale Mitsprache ersetzt und damit die Diskussion um ein Regionalparlament wieder aufgenommen werden. Wird eine Fusion bevorzugt, so muss aufgezeigt werden, wie die Quartiere gestärkt werden können bzw. welche Rolle die bisherigen Gemeinden in Zukunft spielen werden. Für uns Grüne ist insbesondere klar, dass in einem vergrösserten Luzern Wahlkreis geschaffen werden müssen, die sich an den bisherigen Gemeinden orientieren. Diesen Tatsachen muss mit einer verbesserten Zusammenarbeit begegnet werden. Nur auf diese Weise können die Agglomerationsgemeinden ihre hohe Lebensqualität und den sozialen Ausgleich sichern und ausbauen. Eine starke Stadtregion Luzern kann zudem ihre Attraktivität erhalten und in einem vernünftigen Mass steigern, um sich auch in Zeiten der knapperen finanziellen Mittel im interkantonalen und nationalen Umfeld zu behaupten.

Kampagne der grünen Ortsgruppen

Auf die Abstimmung vom 17. Mai hin haben die grünen Ortsgruppen von Emmen, Ebikon, Kriens, Luzern/Littau sowie die Horwer L20 ein gemeinsames Komitee gegründet. Das Komitee hat an einer Medienkonferenz erläutert, wieso die Grünen dezidiert für einen Beitritt zu diesem Projekt werben. Mit Plakaten tragen wir unsere Botschaft auf die Strasse: mitdenken, mitreden, mitentscheiden.



Monique Frey
Einwohnerrätin
Emmenbrücke

Wechsel im Krienser Einwohnerrat

Herzlichen Dank, Susanne!

Ende Dezember 2008 endete die achtjährige Tätigkeit von Susanne Lanz als Einwohnerrätin der Grünen Kriens. Für sie rückt Maurus Frey nach.

Bereits vor ihrem Amt als Einwohnerrätin engagierte sich Susanne Lanz für die Grünen von Kriens. Sie arbeitete in der Kommission für die Revision der Ortsplanung mit, wo sie sich primär gegen eine Erweiterung der Siedlungsgrenzen einsetzte und damit ein urgrünes Anliegen vertrat.

Erstmals kandidiert – glanzvoll gewählt

Im Jahr 2000 verhalf Susanne den Grünen mit ihrem Glanzresultat zum dritten Sitz im Einwohnerrat. 2004 übernahm sie das Fraktionspräsidium. Als Parlamentarierin engagierte sie sich in Verkehrs- und Energiefragen. Wichtig waren ihr aber vor allem soziale Themen. Ihre grosse Erfahrung und ihr Fachwissen in diesem Bereich setzte sie als Präsidentin der Sozial- und Gesundheitskommission (seit 2004), als Mitglied der Bürgerrechtskommission und als Vorstandsmitglied der Spitex Kriens gekonnt und gezielt um.



2004 übernahm sie das Fraktionspräsidium. Als Parlamentarierin engagierte sie sich in Verkehrs- und Energiefragen. Wichtig waren ihr aber vor allem soziale Themen. Ihre grosse Erfahrung und ihr Fachwissen in diesem Bereich setzte

Mit Susanne verliert die Grüne Fraktion eine langjährige, kompetente, engagierte und sympathische Mitstreiterin, die über die Parteigrenzen hinweg geschätzt wurde. Die Krienser Grünen danken ihr herzlich für ihren Einsatz und auch für den Son-

nenschein und den guten Geist, den sie ins Fraktions- und Parteileben hineingetragen hat.

Maurus Frey wird neuer Einwohnerrat

Im Januar 2009 übernahm Maurus Frey, geb. 1982, dipl. Informatik-Ingenieur FH, den frei gewordenen Sitz. Maurus ist in Kriens aufgewachsen, seit vielen Jahren in der Pfadi sowie in anderen Krienser Organisationen aktiv. Dass man ihn kennt und schätzt, zeigte auch sein hervorragendes Ergebnis bei den letzten Wahlen. Auf Anhieb schaffte er es auf den ersten Ersatzplatz.



Die Krienser Grünen freuen sich, mit Maurus Frey einen jungen, gut vernetzten und sehr kompetenten Einwohnerrat zu erhalten. Die Fraktion heisst ihn herzlich willkommen.



*Pia Zeder
Einwohnerrätin Grüne
Kriens*

www.xundheit.ch

Xundheit

versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Die mag mich!

Abstimmungsempfehlung Gemeinde Horw

Ja zur Bootshafeninitiative

Die Horwer Bucht braucht keinen zusätzlichen Bootshafen. Mit einem Ja zur Bootshafeninitiative in der Abstimmung vom 17. Mai können die Horwer Stimmberechtigten diesen Grundsatz auch in der revidierten Ortsplanung verankern. Die Badenden, aber auch die Wasservögel im sensiblen Flachwasserbereich der Horwer Bucht werden es ihnen danken.

Bereits 1996 hatten die Stimmenden die Einzonung für einen Bootshafen in der Horwer Bucht abgelehnt. Dennoch liess der Gemeinderat im Rahmen der Ortsplanungsrevision erneut ein Konzept für einen Bootshafen in der Seebucht ausarbeiten. Laut dem entsprechenden Vorprojekt und dem Entwurf für einen Bebauungsplan soll der Hafen Platz für rund 80 Boote bieten. Doch auch diesem Vorhaben erwuchs schnell Widerstand.



Die Pro Halbinsel lancierte im September 2007 eine Volksinitiative und sammelte fast 1200 Unterschriften gegen das Projekt. Die Initiative verlangt eine Ergänzung des Bau- und Zonenreglements. Bis ins Jahr 2022 soll von der Kantonsgrenze bis zur Spissenegg kein zusätzlicher Hafen gebaut werden dürfen. Zudem könnten bestehende Hafen- und Bojananlagen nur geringfügig erweitert werden. Der Einwohnerrat lehnte die Initiative im Januar 2009 ab, beschloss aber immerhin, das Volksbegehren unabhängig von der Ortsplanungsrevision an die Urne zu bringen.

Exklusiver Zugang für rund 100 Personen

Wie für die Initianten hat sich auch für die L20 seit dem Nein von 1996 nichts geändert: Das bedeutende Naherholungsgebiet rund um die Horwer Seebucht soll auch in Zukunft nicht durch beträchtlichen Mehrverkehr auf dem See belastet werden. Die bestehende sanfte Freizeitnutzung der Uferanlagen wird weiter möglich sein, die knapp 13'000 Einwohnerinnen und Einwohner von Horw sollen

von der Attraktivität einer Seegemeinde durchaus profitieren können.

Ein exklusiver Zugang zum See für jene rund 100 Personen, die ihr Interesse an einem Bootshafen bekundet haben, steht dazu in keinem Verhältnis. Die Gemeinde ist jedenfalls nicht verpflichtet, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Sollte der Bedarf an neuen Bootsplätzen tatsächlich vorhanden sein, könnte ein Ausbau der bestehenden Anlagen in Hergiswil sowie Tribtschen angestrebt werden.

Ein Flachmoor von nationaler Bedeutung

Kommt hinzu, dass die Flachwasserzonen der Horwer Bucht als Lebensraum für Pflanzen und Tiere besonders wichtig sind. Das Steinibachried ist gar ein Flachmoor von nationaler Bedeutung und steht zusammen mit seinen wertvollen Laichplätzen unter Naturschutz. Die Planung eines Bootshafens

in diesem Bereich steht in krassem Widerspruch zur ökologischen Aufwertung der Bucht. Denn der zusätzliche motorisierte Bootsverkehr (auch Segelboote sind heute meist mit Motoren ausgerüstet) würde die Natur deutlich mehr belasten und das empfindliche Gleichgewicht stören. Die L20 empfiehlt daher, die Bootshafen-Initiative anzunehmen – im Interesse der Natur und eines ruhigen Naherholungsgebiets, welches diesen Namen auch in Zukunft verdient.



*Beatrice Heeb-Wagner
Einwohnerrat Horw*

Bootshafeninitiative

Parole: JA

Schulhaussanierung Emmen

Erschwerte Schulhaussanierung

Die Gersag-Schulanlage ist sanierungsbedürftig. Mit der Sanierung kann man auch die Ausstrahlung des Gemeindezentrums stärken. Im Finanzplan wurden dafür lediglich 15 Millionen, eine geschönte Zahl der Finanzdirektion (SVP), aufgenommen. Die Erfahrungszahlen aus den Renovationen Meierhöfli und Riffig zeigen, dass dies keine realistische Schätzung ist.

Das Gersag ist komplexer. Es beherbergt drei Schulen und eine ganze Reihe von Gebäuden. Der Umstand, dass zeitgemässe Schulanforderungen und die Sanierung der Turnhallen zusätzlich zum Bauvorhaben gehören, deutet darauf hin, dass man sich mit einer Plangrösse von 15 Millionen eine Augenwischerei leistet, die dann bei der Realisierung zu erheblichen Kommunikationsproblemen führen würde.

Dies scheint aber im Interesse von polemisierenden Parteien zu liegen. Auf diesem Wege kann man über Sachzwänge berechnete pädagogische Ansprüche bei der Renovation diskreditieren. Eine genauere Prüfung erbrachte einen Finanzbedarf von gegen 30 Millionen für die Sanierung.

Aufschub von anstehenden Sanierungsprojekten

Eine erste Zurückweisung der Anträge durch den Einwohnerrat führte zu einer neuen Vorlage. Wenn man das unbestrittene Raumprogramm zu Grunde legt, kommt man wieder auf einen ähnlichen Finanzbedarf, der nun neu in Stückelungen aufgelegt und mit Spar-, Aufschub- und Etappierungs-

optionen versehen etwas frisiert werden kann. Dabei werden aber wohl andere anstehende Sanierungsprojekte recht unbedacht nach hinten verschoben.

Zieht man in Betracht, dass die Fusion als Möglichkeit im Raum steht, kommt die Frage auf, ob Emmen mit der Aufschieberei seine Sanierungen einfach ändern überlassen wird. Damit stellt sich auch die Frage, ob unter einem übergeordneten Blickwinkel eine Zentrumsfunktion des Gersag mit einer gut ausgestalteten Sportanlage überhaupt noch eine Option sein wird.

Nicht im Interesse der Öffentlichkeit

Es kann davon ausgegangen werden, dass bei einem reduzierten Renovationsprogramm die Sache innerhalb von ein paar Jahren wieder auf den Tisch muss – vielleicht dann mit einem deutlicheren Führungswillen für Raumaufarbeitung im Interesse von pädagogischen Anliegen.

Der Fall Gersag zeigt, dass Problemverwischereien und Aufschub von Gestaltungsaufgaben, wie sie von der SVP betrieben werden, wohl kaum zu Lösungen im Interesse der Öffentlichkeit führen. Man kann gespannt sein auf die nächste Behandlung des Geschäftes im Einwohnerrat.

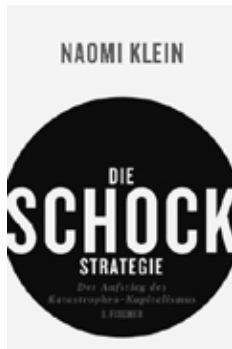


Arnold Wyrsch
Mitglied der Schulkommission Emmen
Emmen



Buchbesprechung

Naomi Klein: Die Schockstrategie?



Für wen ist das Buch? Für diejenigen, die die Weltpolitik der knapp letzten 40 Jahre verstehen wollen.

Wie kam Pinochet an die Macht in Chile? Was geschah in Bolivien? Warum schaffte es Solidarnosc nicht? Wie kam Jelzin an die Macht und wie Putin? Was haben amerikanische Berater in Russland zu suchen? Was passierte in China? Warum war Mandela in Südafrika keine Erfolgsgeschichte? Warum werden nach den Überschwemmungen in New Orleans die Schulen mit Spendengeldern privatisiert? Was geschah mit den Tsunamispenden? Wer sackte die Wiederaufbaugelder im Irak ein? Viele und weitere Fragen werden in diesem Buch engagiert verhandelt.

Naomi Klein erzählt insgesamt eine Geschichte einer der wirkmächtigsten Ideologien unserer Zeit. Alle Katastrophen haben etwas Gemeinsames. Immer waren Berater der Chicago Boys beteiligt, zum Teil direkt dem Präsidenten unterstellt.

Naomi Klein erzählt insgesamt eine Geschichte einer der wirkmächtigsten Ideologien unserer Zeit. Alle Katastrophen haben etwas Gemeinsames. Immer waren Berater der Chicago Boys beteiligt, zum Teil direkt dem Präsidenten unterstellt.

Die neoliberale Drei(ein)faltigkeit

Der berühmteste war Milton Friedman, der Nobelpreisträger in Ökonomie, der Pinochet zu

strengeren Schocks riet. Er und Jeffrey Sachs waren die Vertreter des radikalen freien Marktes. Sie bereiteten Katastrophenstrategien vor und setzten sie um, damit die Reichtümer der Nationen neu unter sich aufgeteilt werden können. Ihr Katechismus bestand aus der Drei(ein)faltigkeit: Deregulieren, Privatisieren und drastische Sozialeinschnitte.

Das Buch erschien 2007 und zeigte schon damals die Wichtigkeit der Finanzökonomie. Das erste Kapitel des Buches befasst sich mit psychiatrischen, menschenverachtenden Versuchen in Chicago. Dieses Kapitel hat zwar einen Bezug zu den Foltermethoden Pinochets. Insgesamt ist es etwas isoliert vom Rest des Buches.

Trotz den happigen Analysen endet das Buch verheissungsvoll. Der Schock nutzt sich ab und die Menschen werden schockresistenter. Klein schildert dazu Beispiele aus Lateinamerika, Libanon, New Orleans und Thailand.



Philipp Federer
Vorstand Grüne Kanton Luzern
Luzern

Naomi Klein; Die Schockstrategie; Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus: Fischer Verlag.

Bio-Erzeugnisse vom Ueli-Hof: Von Natur aus besser.



Verkauf ab Hof: Freitag 14-19 h und Samstag 8-13 h.

Ueli & Hof

Horw/St. Niklausen · Bio-Hof Mättwil · 041 342 05 45 · www.uelihof.ch



Die Idee
von Ihnen
Das Holz
aus der Region
Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimatweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Grüner Pfeffer

Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern nahmen sowohl die Energieinitiative der SP als auch den weniger weit gehenden Gegenvorschlag des Stadtrates an. Wir freuten uns, obwohl die Energieinitiative der SP beim Stichentscheid unterlag und das Flugblatt mit den gelben Strahlen an das Klimaplatkat der Grünen erinnerte. Ja, auch Coop wirbt manchmal mit den gelben Strahlen auf ihren Aktionsplakaten. Die Grünen setzen halt oft Trends – auch grafische – und andere kupfern ab.

Haben nicht die städtischen Grünen vor ein paar Jahren noch eine bessere Energieinitiative eingereicht – mit dem Namen Stromrappen? Die Stromrappeninitiative sah einen doppelten Lenkungseffekt ohne Steuermittel vor. Der Energiefonds wäre über den Verbrauch gespiesen worden. Bei den aktuellen Vorlagen werden Steuergelder verwendet. Zudem ist das aktuelle Einnahme- und Investitionsvolumen viel kleiner, als es beim Stromrappen gewesen wäre. Unsere Initiative kam vor der Klimadebatte, also etwas zu früh. Als Vorarbeit für den jetzigen Durchbruch war sie wichtig.

Wer verweigerte der Stadt Luzern 20 Millionen Franken? Die SVP, natürlich die SVP! Sie stahl der Stadt 20 Millionen Fusionsbeitrag. Wer torpediert die kantonalen jährlichen Beiträge an die Kulturhäuser der Stadt? Die SVP, wer denn sonst? **Die städtische SVP schaltete Inserate in Obwalden unter dem Motto; gebt uns kein Geld!** Liebe städtische SVP: Ist dies die Finanzkompetenz, die ihr bei jeder Gelegenheit für euch reklamiert, oder ist es schlicht die Dummheit eurer Oppositionspolitik?

Yvette Estermann warf das Handtuch als SVP-Parteipräsidentin. Nicht erstaunlich bei diesem **unzügelbaren Haufen**. Da macht ja jeder, was er will. Der eine Stadtratskandidat war früher Frauenhändler, die anderen schliessen ihr Exekutivmitglied aus, und so weiter. Späte Einsicht einer Präsidentin.

Die Erklärung von Bern (EvB) gab vor sechs Jahren eine Broschüre heraus. Sie trug den provokativen

Titel: **«Wegleitung zur Steuerhinterziehung.»** Das Bankgeheimnis ist so eine Sache, mit oder ohne die spitzfindige Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. Die Schweiz verwaltete im Jahre 2003 etwa 2000 Milliarden Franken Vermögen von reicher Kundschaft aus dem Ausland. Aktuell wird es eher noch mehr sein. 70 bis 90 % dieser Gelder wurden im Herkunftsland nicht versteuert.

Tja, liebe FDP-Mitglieder und andere selbsternannte Finanzplatzhirsche. Damals wurde die Forderung «auch in Fällen von einfacher Steuerhinterziehung soll die Schweiz anderen Ländern Rechts- und Amtshilfe leisten» in den Wind geschlagen. Wer nicht handelt, den holt irgendwann die Geschichte ein, und wer immer nur reagiert, der hat mit Sanktionen zu rechnen. Da nützen auch die Gebete von Yvette Estermann nichts. Sie betet für die Schweizer Wirtschaft (Tagesanzeiger vom 14.3.09).

Bei der Zentralschweiz am Sonntag gibt es keinen Bund «Schweiz» und keinen Bund «Ausland». Die geneigten Lesenden müssen sich im ersten Bund mit der Lupe kundig machen. Auf dem Webportal der Neuen LZ gibt es ebenfalls weder eine Rubrik «Schweiz» noch eine Rubrik «Ausland» – also **reine Nabelschau?** Immerhin, das Webportal zisch hat als Ersatz eine Rubrik «Zentralschweiz», Rubriken zu jedem Innerschweizer Kanton und während der Fasnacht sogar eine Fasnachtsrubrik – insgesamt also eine katholische Nabelschau.

Politik-Müdigkeit ... Eigentlich dachten wir, die CHance21 würde ein bis zwei Legislaturen durchhalten. Nun ist es nur eine geworden. Selbstkritisch hält die Partei fest: «Mit dem Parlamentsaustritt zeigen wir auch unsern Sympathisanten auf, dass in einer funktionierenden Demokratie nicht einfach delegiert und konsumiert werden kann, sondern gerade bei oppositionellen Bewegungen persönliches Engagement unabdingbar ist.» Diese Aussagen können wir nur bestätigen!

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf: Grüne Luzern, Neustadtstrasse 34, Postfach 4035, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: lu@gruene.ch; Redaktion: Judith Huber, Natalie Kamber; Korrektorat: Nina Ceresa; Fotos: Jakob Ineichen, Linus Rieser; Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: gegendruck@rat.ch
Erscheinung: 5x im Jahr, Auflage 1400 Exemplare; Abonnement: Ein Jahr Fr. 30.–, Unterstützungsabo ein Jahr Fr. 60.–

Agenda

April

- Fr/Sa 24./25. 5. Europäische Konferenz der gentechnikfreien Regionen «Food & Democracy», KKL Luzern, Europaplatz 1, Luzern. Die Ziele der Konferenz sind der Meinungsaustausch und die Vernetzung der gentechnikfreien Regionen und Gemeinden Europas. Das Konferenzthema «Food & Democracy» fokussiert auf die Stärkung der politischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung. www.foodanddemocracy.org
- Sa 25. 13.30 Retraite städtischer Vorstand, HSA Luzern
- Mo 27. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Mai

- Fr 1. 1.-Mai-Feier auf dem Kapellplatz
- Mo 4. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 11. 18.00 Jahreszeitenpalaver Frühling: Kinder an die Macht! Mit VertreterIn des KiPa und Alex Willener, Dozent/Projektleiter, Hochschule Luzern – Soziale Arbeit; Kinderbüro, Stadthaus, Winkelriedstrasse 12, Luzern
- Mi 13. 20.30 Vorstandssitzung Grüne Kriens, Café Ambrosia, Kriens
- Mo 18. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Juni

- Mo 8. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 15. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
- Mi 24. 20:30 Vorstandssitzung Grüne Kriens, Café Ambrosia, Kriens
- Mo 29. 19:30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Parolen

Abstimmungsparolen 17. Mai 2009

Bund	
Übernahme der EG-Verordnung über biometrische Pässe und Reisedokumente	NEIN
Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin»	JA
Kanton Luzern	
Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	NEIN
Gesetzesinitiative «Bussengelder für Steuerrabatt!»	NEIN
Gemeinden	
Starke Stadtregion Luzern (in Kriens, Horw, Emmen, Ebikon und Adligenswil)	JA
Bootshafeninitiative (Horw)	JA